

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. phil. h. c. h. H. L. W. Müller, Dresden, Neudammstr. 10/11

Verlagsgesellschaft für Druck- und Verlagswesen in Dresden, Dresden, Neudammstr. 10/11

Druck: H. W. Müller, Dresden, Neudammstr. 10/11

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Die innere Entscheidung verschoben

Weitere Beratungen über die Lösung

Berlin, 26. Nov. Die Beratungen beim Reichspräsidenten über die Frage der Neubildung der Regierung waren gegen 11 Uhr beendet, ohne jedoch zu einem positiven Ergebnis zu führen. Die Entscheidung des Reichspräsidenten wird erst in einigen Tagen erfolgen. Wie die T. erfährt, dürfte der Grund für die Verzögerung der Entscheidung darin liegen, daß zunächst noch einige Fragen geklärt werden müssen. Vor allem dürfte man noch die Haltung der verschiedenen Parteien zu einem anders zusammengesetzten Präsidialkabinett feststellen wollen.

Die Gründe der Vertagung

Berlin, 26. Nov. Die Ueberraschung dieses Sonnabendvormittags war die Nachricht, daß die Entscheidung des Reichspräsidenten über das neue Präsidialkabinett vertagt wurde. An amtlicher Stelle wird nur die Auskunft gegeben, daß der Reichspräsident keine Entscheidung bis zur Klärung verschiedener Fragen zurückgestellt habe. Wie wir jedoch erfahren, ist der Grund der Vertagung darin zu suchen, daß erneut mit den Parteien Fühlung genommen werden soll.

Man, nachdem die Mehrheitsbildung gescheitert ist, feststellen, welche Aufnahme ein neues Präsidialkabinett in anderer Zusammensetzung bei ihnen finden würde. Die Aufgabe eines Präsidialkabinetts als einzigem Ausweg aus der Krise steht fest, ebenso, daß es eine andere Zusammensetzung als das bisherige Reichskabinett erfahren wird. Alle Personalfragen treten aber zurück hinter dem Problem, von wem das Kabinett geführt werden soll. Die Person, das ein Kabinett von Neuratb in Frage komme, scheidet neuerdings wieder aus, daselbe gilt für ein Kabinett Reichner. Nach dem Ergebnis der heutigen Beratung beim Reichspräsidenten stehen drei Möglichkeiten offen:

1. Ein Kabinett von Papen. Man weiß, daß Reichkanzler von Papen auch jetzt noch das volle Vertrauen des Reichspräsidenten genießt. Wenn aber Herr von Papen heute erneut beauftragt worden wäre, was gestern Abend als sicher gelten konnte, so hätte er sich auf alle Fälle Verdacht bis Montag ausgegeben. Das läßt darauf schließen, daß Herr von Papen sich über die starken Widerstände klar ist, die ihm aus dem Zentrum entgegenwachsen.
2. Eine Reichsregierung unter Führung des Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Goerdeler. Dr. Goerdeler würde sicher die Unterstützung des Zentrums finden. Er gilt außerdem als der Kandidat der Deutschnationalen.

Die inneren Entwicklungstendenzen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Nov. In den Kombinationen, die am Sonnabend bezüglich der Ministerauswechslung im neuen Präsidialkabinett umliefen, spielen selbstverständlich zahlreiche Namen eine Rolle. Interessant ist, daß offensichtlich die Vertrauensfrage mit dem Reichsarbeitsministerium erwogen wird. Für das Reichsarbeitsministerium nennt man den Geschäftsführer des Langhausvereins, Schlenker, für das Reichsdruckenministerium wird nach wie vor von Riedel genannt. Eine andere Version geht dahin, daß die Erfahrung mit dem Kabinett Papen gezeigt hätte, daß Wirtschafts- und Ernährungsministerium in einer Hand zusammengeführt werden müßten, damit nicht wieder sachliche Differenzen zu beständen seien, wie sie sich zwischen Warmbold und von Braun auswirkten. Der Streit, ob Kontingente oder nicht, gewann ja im Kabinett Papen deshalb eine so große Bedeutung, weil Warmbold unentwegt den einen, Braun unentwegt den anderen Standpunkt vertrat und eine unter staatspolitischen Gesichtspunkten herbeigeführte Einigung nicht möglich war. Aus diesen Gründen scheinen Vorkämpfern im Gange zu sein. Beide Ministerien in die Hand eines Mannes zu legen, der gleichermaßen die industriellen wie die landwirtschaftlichen Notwendigkeiten praktisch und theoretisch beherrscht. In diesem Zusammenhang hört man heute erstmalig den Namen Dugenberg.

Die große Frage ist nun, wie sich das Präsidialkabinett, das in einigen Tagen aufgestellt sein wird, gegen über

Das ist um so bemerkenswerter, als die Meinungen der Scheripresse in den letzten Tagen und namentlich heute kräftig

ein starkes Abbrechen der Deutschnationalen von der Persönlichkeit des bisherigen Reichskanzlers

verraten. Ein Kabinett Goerdeler würde im Reichstag auch keineswegs eine Mehrheit finden; immerhin würde es mit etwa 200 Abgeordneten, die es unterstützen würden, eine breitere Basis haben. Kommt jetzt auch ein Kabinett Schleicher in Frage, allerdings erst als letzte Möglichkeit. Es ist bekannt, daß General v. Schleicher einer Kabinettsneubildung durch ihn bisher immer ablehnend gegenüberstand. Wenn aber die beiden anderen hier behandelten Möglichkeiten erschöpft wären, wird er sich nach dem Verlauf der heutigen Konferenz beim Reichspräsidenten einer Berufung nicht entziehen.

Die jetzt beabsichtigte Fühlungnahme mit den Parteien

wird sich auf dieselben Gruppen erstrecken, die während der Verhandlungen der letzten Tage im Vordergrund standen, allerdings mit Ausnahme der Nationalsozialisten. Die Führung der NSDAP hat bereits erklärt, daß sie jedes Kabinett aufs schärfste bekämpfen wird, das nicht unter der Führung Hitlers steht. Besprechungen mit den Nationalsozialisten erübrigen sich deshalb. Dafür ist aber anzunehmen,

daß auch mit den Sozialdemokraten gesprochen werden wird,

um festzustellen, wie weit sie in der Lage wären, ein Präsidialkabinett bestimmter Schattierung zu tolerieren, damit die nächste wirtschaftliche Belebung in den nächsten Monaten nicht wieder durch die Heftigkeit der innerpolitischen Kämpfe, eine neue Reichstagsauflösung und ähnliches mehr, verzögert werden.

Es liegt in der Natur dieser umfangreichen Fühlungnahme, daß die Entscheidung des Reichspräsidenten auch noch nicht am Montag zu erwarten ist. Vielmehr rechnet man damit,

daß es bis zur Klärung der Kanzlerfrage noch Mittwoch werden wird.

Der Reichspräsident selbst wird mit den Parteien nicht Fühlung nehmen, sondern es ist beabsichtigt, daß verschiedene Persönlichkeiten, die an den heutigen Beratungen beteiligt waren, diese Aufgabe übernehmen, das heißt also wohl in erster Linie Staatssekretär Dr. Reichner und General von Schleicher.

parlamentarischen und verfassungsmäßigen Möglichkeiten

verhält. Man ist sich darüber klar, daß die Wiederbetrauung Papens, die sehr energisch vom Staatlichen gefordert wird, der neuen Regierung den Charakter eines Konfliktkabinetts von vornherein geben würde, d. h. eines Kabinetts, das nach der Erklärung des Staatsnotstandes durch den Reichspräsidenten die Befugnisse haben würde, dort, wo es aus Staats- und Volksinteresse nicht mehr anders möglich ist, die verfassungsmäßigen Schranken zu sprengen. Da man nicht weiß, wie irgendeine Regierung um diesen kritischen Punkt herumkommen soll, werden allerdings von nichtamtlicher Seite die Versuche fortgesetzt, einen

Waffenstillstand der Parteien

herbeizuführen, und zwar sollen die Versuche von einer neutralen Persönlichkeit und großer Wirtschaftsanthorität unternommen werden, nämlich dem Präsidenten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Krupp von Bohlen und Halbach. Verschiedentlich wurde schon darauf hingewiesen, daß gerade die Wirtschaft alles daran setzt, um einen möglichst ruhigen Winterverlauf herbeizuführen. Beim Beschluß eines solchen Appells an die Reichstagsparteien glaubt man, daß der Reichspräsident gezwungen sein würde, sonnen die Vertagung des Reichstages bis zum Frühjahr zu verhängen. Das würde allerdings den großen Verfassungskonflikt bedeuten, den zu vermeiden Hindenburg nochmals alle Versuche unternimmt.

Der Weg ins Freie

Schon die nächsten 24 Stunden nach dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen Hindenburgs mit Hitler haben gezeigt, daß die Aussichten für eine Lösung der Regierungskrise nunmehr verschwindend gering sind. Zunächst steht fest, daß die Nationalsozialisten sich zu positiver Mitarbeit nur noch bereitfinden werden, wenn Hitler selbst Kanzler wird. Eine Beteiligung nationalsozialistischer Unterführer an einem Präsidialkabinett, die Tolerierung eines Kabinetts, an dem die Nationalsozialisten nur schwach oder lediglich durch ihnen nahestehende Persönlichkeiten beteiligt sind, kommt wahrscheinlich überhaupt nicht, bestimmt jedoch für die nächste Zukunft nicht, in Frage. Die nationalsozialistische Parteileitung hat sich dem Standpunkt Dr. Schachts zu eigen gemacht, Hitler könne warten; werde er jetzt nicht Kanzler, so bestimmt in vier Monaten. Gemäß dieser Ansicht wird man vorläufig die Nationalsozialisten in Opposition zu jeder Regierung sehen, sie möge heißen, wie sie wolle. Göring hat diese Einstellung bereits unmittelbar nach dem Scheitern der Verhandlungen am Donnerstagabend mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben. So bleibt als Voraussetzung für jede Einleitung der Nationalsozialisten in die Regierungsgewalt unbedingte die Kanzlerschaft Hitlers.

Diese Tatsachen sind von größter Wichtigkeit für die Beurteilung jedes anderen Lösungsversuchs der Krise. Hieran mußte vor allem der Sondierungsauftrag des Führers des Zentrums, Prälat Kaas, von vornherein scheitern, ob eine parlamentarische Not- und Arbeitsgemeinschaft herbeigeführt werden könne. Jede rein parlamentarische Lösung hat bereits im Reichstag eine Mehrheit gegen sich. Zunächst scheidet eine parlamentarische Lösung mit dem Schwerpunkt nach links völlig aus. Deshalb hat auch der Zentrumsführer Kaas, der gewiß zur Sozialdemokratie die Brücken nicht abbrechen möchte, in dieser Richtung gar keinen Versuch unternommen. Das noch erfreulichste an diesem Reichstag ist die Tatsache, daß mit der Sozialdemokratie keine Mehrheit in ihm zu bilden ist. Umgekehrt ist aber keine Mehrheit ohne die Nationalsozialisten oder ohne die Deutschnationalen möglich. Die Nationalsozialisten haben bereits gegen eine rein parlamentarische Lösung in dem Briefwechsel mit Reichner selbst Stellung genommen, selbst dann, wenn Hitler die Kanzlerschaft angetragen bekäme. Sehr entschieden haben sich aber vor allem die Deutschnationalen gegen jede Wiederkehr der Parlamentarität ausgesprochen. Darüber konnte um so weniger Zweifel bestehen, als der Zentrumsführer natürlich die ungeeignetste Persönlichkeit ist, nicht nur die Deutschnationalen, sondern die ganze nationale Bewegung hinter ein so genanntes sachliches Programm zu bringen, das an die Zentrumsrichtlinien von 1927 gemahnte, mit denen unter dem Kabinett Marx die Deutschnationalen so unerfreuliche Erfahrungen gemacht haben. In den Verhandlungen mit Kaas wurden von Dugenberg zwei grundsätzliche Forderungen der Deutschnationalen genannt, von denen die Partei jede künstliche Mitarbeit abhängig macht. Das ist einmal die Ablehnung des Parteien- und Parlamentarismus im alten Sinne und die dauernde Beseitigung des Dualismus von Reich und Preußen. Daß die Lösung dieser beiden Fragen von einem unter Führung des Zentrums stehenden Kabinett befriedigend geregelt würde, wird wohl keinem Kenner der Zentrumspolitik glaubhaft erscheinen. So mußte denn auch Kaas in kürzester Frist scheitern. Sein Sondierungsauftrag konnte nur als eine Formlose gelten, um zunächst einmal allen Spielregeln, die das parlamentarische System vorschreibt, Genüge zu tun.

Die nächste Etappe auf dem Wege zur Lösung der Krise soll nun die Rückkehr zur reinen Präsidialregierung sein. Bis zur Stunde ist noch kein Auftrag an eine bestimmte Persönlichkeit ergangen. Doch steht die Wiederbetrauung Papens im Vordergrund. Daneben schweben unzählige andere Kombinationen. Es wird der Name des jetzigen Reichswehrministers Schleicher genannt, von dem man annimmt, daß er noch am leichtesten das Mißtrauen der Nationalsozialisten abwenden könnte. Daneben werden Staatssekretär Reichner, der Leipziger Oberbürgermeister und Preiskommisär Dr. Goerdeler und schließlich der gegenwärtige Staatskommissar von Preußen, Dr. Bracht, sowie der Außenminister v. Neuratb genannt. Alle diese Männer haben vor Papen den Vorrang, daß sie wenigstens mit der Tolerierung des Zentrums rechnen können, so daß ihre moralische Basis also etwas breiter sein würde, als die des jetzigen Reichskanzlers. Wenigstens gibt die „Germania“ zu verstehen, daß ihr jede Persönlichkeit geeignet erscheint, das vorhandene Mißtrauen zu mildern, sofern sie nur nicht Papen heißt. Böllig abwehlig halten wir jedoch nach den klaren Äußerungen der Nationalsozialisten die Hoffnung, es könnte als kommender Kanzler eine Persönlichkeit gefunden werden, die durch eine kluge und soziale Regierung